

öffentlich nicht öffentlich

SPD-Ratsfraktion
Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FDP-Ratsfraktion

Düsseldorf, den 11.12.2018

An
Oberbürgermeister Thomas Geisel
Vorsitzender des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf

Antrag

Antrag der Ratsfraktionen von SPD, BÜ90/GRÜ und FDP zum
Haushaltsplanentwurf 2019: Erhöhung der VHS-Honorare

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und FDP bitten Sie, diesen
Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 13.12.2018 zu nehmen und zur
Abstimmung zu bringen:

**Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Quartal 2019 eine neue
Honorarrichtlinie für freiberufliche Dozentinnen und Dozenten der
Volkshochschule Düsseldorf zu erstellen und dem Kuratorium und dem
Schulausschuss vorzulegen.**

**Hierbei soll geprüft werden, inwieweit die Honorare in der Höhe gestaffelt
werden können, beispielsweise nach Fachrichtung, Aufwand, Qualifikation,
Lehrerfahrung oder Beschäftigungsstatus.**

**Das Mindesthonorar soll 25 Euro betragen. Das Höchsthonorar soll 35 Euro je
Unterrichtsstunde betragen. Im begründeten Einzelfall sind Überschreitungen
des Höchstsatzes möglich, beispielsweise bei Alphabetisierungskursen.**

Sachdarstellung:

Die öffentliche Finanzierung der Weiterbildung in Volkshochschulen erfolgt in
gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen. Von Beginn an beruhte sie
auf der Annahme, die Weiterbildungsangebote würden nebenberuflich von
Dozent*innen geleistet, die ihr Wissen als Expert*innen ihrer hauptberuflichen
Tätigkeit weitergeben und sie über diese eigentliche Profession, auch wirtschaftlich
abgesichert seien. Diese Annahme hat sich zwischenzeitlich für einen
nennenswerten Teil der Dozent*innen als falsch herausgestellt.

Beispielsweise werden allein für den Deutschunterricht an der Volkshochschule
Düsseldorf jedes Jahr 40.000 Unterrichtsstunden geleistet.

Dieses Stundenvolumen wäre über rein nebenberufliche Tätigkeiten nicht
abzudecken. Die Mehrzahl dieser Dozent*innen ist hauptberuflich als selbstständige
Weiterbildungslehrer*innen tätig und bestreitet über die so erzielten Einnahmen den

Lebensunterhalt. Die Bundesregierung hat auf diese Feststellung Mitte des Jahres 2016 reagiert und die Honorare für Integrationskurse von 23 auf 35 Euro angehoben. Für Alphabetisierungskurse sind 40 Euro zu zahlen. Weiterbildungsträger, die diese Honorare nicht zahlen, werden von der Durchführung von Integrationskursen ausgeschlossen.

Immer mehr Kommunen folgen dem Beispiel des Bundes und nehmen deutlich Erhöhungen vor: An der Volkshochschule Köln werden inzwischen 35 € je Unterrichtsstunde im Fachbereich Deutsch als Fremdsprache (DaF) sowie für arbeitnehmerähnlich Beschäftigte gezahlt. In den Landeshauptstädten Kiel und Hannover werden DaF-Kurse ebenfalls mit 35 € Stundenhonorar vergolten. 30 € erhält man in Stuttgart und Hamburg. Berlin zahlt 35 € für alle akademisch qualifizierten Dozentinnen und Dozenten ab 1. August 2019 und zusätzliche Leistungen zur Erfüllung der Sozialversicherungspflicht. In Potsdam wurde eine Honorarstaffelung entsprechend der Qualifikation und Lehrerfahrung der Dozierenden im politischen Raum diskutiert, schließlich aber ein einheitliches Honorar von 35 € für alle Kurse beschlossen.

Auch Düsseldorf hat sich seit 2014 – erstmals seit Jahrzehnten – auf den Weg gemacht, die Stundenhonorare zu erhöhen. Beschlossen ist die schrittweise Steigerung aller Honorare von 19 € bis auf 25 € in 2025. Die aktuelle Entwicklung macht deutlich, dass dieser Weg konsequent fortgesetzt werden muss, um die selbstständige Tätigkeit angemessen zu vergüten und im Wettbewerb um qualifizierte und motivierte Dozent*innen zu bestehen. Mit einer vollständigen Überarbeitung der Honorarordnung soll sichergestellt werden, dass die Honorarerhöhung nicht – wie in den meisten anderen Städten – einseitig nur im DaF-Bereich erfolgt, sondern auf einem in sich schlüssigen Vergütungskonzept beruht. Den Angeboten der beruflichen Weiterbildung ist dabei ein besonderer Stellenwert einzuräumen.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Angela Hebler

Norbert Czerwinski

Manfred Neuenhaus

Für die Richtigkeit

Frank Ulrich Wessel

Stephan Soll

Manfred Neuenhaus

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Ergebnis
Rat	-/- ¹	-/- ²

1) Die Sitzung wurde zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Vorlage noch nicht geplant.

2) Das Beratungsergebnis wurde zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Vorlage noch nicht erfasst.

Anlagen: beigefügt nicht vorhanden

Nr.	Anlage
-----	--------